

70. Sitzung des Agrarausschusses - Öffentliche Anhörung zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2028: Fachleute fordern Planungssicherheit, Bürokratieabbau und praxisnahe Lösungen

12.05.2025



Am 30. April 2025 fand im Landtag Mecklenburg-Vorpommern die 70. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt statt. Im Mittelpunkt der öffentlichen Anhörung stand die Frage: „Die Zukunft der GAP ab 2028 – Welche Schwerpunkte müssen aus Sicht unseres Bundeslandes gesetzt werden, um die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zu stärken und Umwelt, Klima und Artenvielfalt bestmöglich zu schützen?“

Ein breites Spektrum an Sachverständigen war geladen – von bäuerlichen Verbänden über Umweltorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen bis hin zur Generaldirektion

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission. Die Diskussion verdeutlichte die Vielschichtigkeit der Herausforderungen und Erwartungen an die nächste Förderperiode der GAP.

Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen als zentrale Forderung

Gleich zu Beginn der Anhörung wurde deutlich, dass landwirtschaftliche Betriebe dringend auf verlässliche Perspektiven angewiesen sind. Mehrere Sachverständige betonten in ihren Statements die Notwendigkeit eines klaren mittelfristigen Finanzrahmens, um den Betrieben Planungssicherheit zu geben. Nur so könnten sie ihre vielfältigen Aufgaben – von der Ernährungssicherung bis zum Schutz der Biodiversität – effektiv erfüllen.

Ohne gesunde wirtschaftliche Grundlagen sei weder ein Generationswechsel auf den Höfen noch eine aktive Rolle im Klima- und Naturschutz möglich.

Bürokratieabbau und Digitalisierung

Ein weiteres zentrales Anliegen war der Abbau bürokratischer Hürden. Der Appell an die Politik, die Anwendbarkeit von Regeln im Alltag der Betriebe stärker zu berücksichtigen, wurde deutlich. Wer selbst einmal einen Agrarantrag ausgefüllt habe, verstehe schnell, welche Herausforderungen dies mit sich bringe. Kritisiert wurde auch, dass trotz vorhandener digitaler Werkzeuge viele Prozesse nach wie vor zu aufwendig und praxisfern seien. Die Digitalisierung biete enorme Potenziale – werde aber bislang nicht ausreichend genutzt, um den Alltag der Betriebe zu erleichtern.

Gemeinsam Lösungen entwickeln – mit Landwirtschaft, Umweltverbänden und Verwaltung

Die Bedeutung eines kooperativen, partizipativen Ansatzes zog sich als roter Faden durch die Statements der Experten. Umweltverbände, landwirtschaftliche Praktiker und Verwaltung müssen gemeinsam Lösungen entwickeln – für eine Landwirtschaft, die zukunftsfähig und ökologisch tragfähig ist, betonte eine Expertin.

Mehrere Stimmen sprachen sich zudem für ein stärkeres Vertrauen in die Kompetenz und das Engagement der Landwirtinnen und Landwirte aus. Betont wurde, dass die Branche über viele hochqualifizierte und innovative Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter verfüge. Die Landwirtschaft sei bereit, Verantwortung zu übernehmen – für gesunde Böden, sauberes Wasser und das Wohlergehen der Tiere.

Die Anhörung machte deutlich: Mecklenburg-Vorpommern braucht eine GAP, die Planungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz zusammenbringt. Die Vorschläge der Sachverständigen zeigten dabei ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Gestaltungswillen in der Branche – nun liegt es an der Politik, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen.